

Wählen mit Solidarität



Am 15. Oktober ist Nationalratswahl.
Wir haben die Parteien* um Antworten auf Fragen gebeten,
die für die ArbeitnehmerInnen wichtig sind – und auch gleich
die passenden ÖGB-Forderungen daneben gestellt.

* Berücksichtigt wurden alle Parteien, die derzeit im Nationalrat vertreten sind und deren Antritt zur
Wahl zu Redaktionsschluss feststand.

Koordination: Florian Kräftner, Amela Muratovic /// Foto: Fotolia.com

<p>Den größten Teil seiner Einnahmen macht der Staat durch Steuern auf Arbeit. Sollen künftig große Vermögen höher besteuert und eine Erbschaftsteuer wiedereingeführt werden?</p>	<p>Wie hoch sollten die niedrigsten Mindestlöhne für eine Vollzeitbeschäftigung in Österreich sein?</p>	<p>Wie stehen Sie zum Thema Arbeitszeitverkürzung?</p>
<p>In kaum einem Land gibt es so ein Ungleichgewicht zwischen Steuern auf Arbeit und Steuern auf Vermögen wie in Österreich. Das ist extrem unfair und leistungsfeindlich. Daher wollen wir eine Steuer auf Erbschaften von mehr als einer Mio. Euro und im Gegenzug die Steuern auf Arbeit senken.</p>	<p>Die Sozialpartner haben mit dem Mindestlohn von 1.500 Euro eine gute Lösung erzielt. Unser Ziel als Sozialdemokratie ist es jetzt, dass diese 1.500 Euro steuerfrei sind, damit die Erhöhung auch direkt bei den Menschen ankommt.</p>	<p>Wenn die Produktivität steigt und immer mehr Tätigkeiten automatisiert werden, müssen wir uns die Frage stellen, wie wir Arbeit verteilen wollen. Das Thema Arbeitszeitverkürzung – auch wenn es manchen nicht passt – wird auf die Agenda kommen. Damit werden wir uns auseinandersetzen.</p>
<p>Das Problem in Österreich ist nicht, dass wir zu wenig, sondern dass wir zu viel Steuern zahlen. Es ist kaum mehr möglich, sich durch eigene Arbeit in seinem Leben etwas aufzubauen. Bevor wir also über die Einführung neuer Steuern reden, sollten wir damit beginnen, Steuern spürbar zu senken.</p>	<p>In nur wenigen Ländern ist die Differenz zwischen Brutto- und Nettogehalt so groß wie in Österreich. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass in unserem Land jede und jeder die Möglichkeit hat, durch eigene, ehrliche Arbeit so viel zu verdienen, um sich etwas aufzubauen.</p>	<p>Es ist der starke Wunsch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sich die Arbeitszeit flexibler einteilen zu können. Das aus 1969 stammende Arbeitszeitgesetz geht heute an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Wir wollen daher mehr Bewegungsfreiheit und eine Win-win-Situation für alle ermöglichen.</p>
<p>Nein: Vermögen- und Erbschaftssteuern schädigen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich und vernichten Arbeitsplätze.</p>	<p>Der Mindestlohn soll 1.700 Euro monatlich bei Vollzeitbeschäftigung betragen.</p>	<p>Eine generelle Arbeitszeitverkürzung schädigt den Wirtschaftsstandort und vernichtet Arbeitsplätze.</p>
<p>Ja. Dringend. Vermögen ist bei einigen wenigen konzentriert und Steuern darauf sind extrem niedrig – im OECD-Schnitt sind sie dreimal so hoch. Österreich braucht eine Steuerstrukturreform: Die Steuern auf Arbeit sollen gesenkt werden und Superreiche faire Beiträge zahlen.</p>	<p>Niedrigstlöhne sind Ausbeutung, schaden Menschen und der österreichischen Wirtschaft. Die Grünen treten daher für die sogenannte Niedriglohnschwelle als Mindestlohn ein. 2017 sind das etwa € 1.750 für 40 Wochenstunden (etwa € 10,10 brutto pro Stunde).</p>	<p>Im Durchschnitt arbeiten ArbeitnehmerInnen 31 Wochenstunden, manche weit über 40, andere deutlich weniger als der Durchschnitt. Arbeit muss gerechter verteilt werden. Es ist höchste Zeit, in einem ersten Schritt die 35-Stunden-Woche zu erreichen.</p>
<p>Steuern und Abgaben auf Arbeit müssen jedenfalls gesenkt werden. Österreich hat bereits eine der höchsten Steuerquoten in der gesamten EU. Bevor über neue Steuern nachgedacht werden kann, muss also die Gesamtbelastung gesenkt werden.</p>	<p>Wesentlich ist, dass Mindestlöhne von den Kollektivvertragspartnern ausverhandelt werden und nicht Spielball der Politik werden. Als Politik wollen wir Löhne insbesondere durch eine Senkung der Sozialabgaben erreichen. Dafür braucht es allerdings mutige Reformen im Sozialsystem.</p>	<p>Eine generelle Arbeitszeitverkürzung bringt Tausende Arbeitsplätze in Gefahr. Wichtiger sind einfache Regelungen für die betriebliche Ebene, um auf Bedürfnisse der MitarbeiterInnen einzugehen. Damit können individuelle Arbeitszeitverkürzungen ohne negative Folgen ermöglicht werden.</p>
<p>Die Steuereinnahmen finanzieren unsere öffentlichen Leistungen und müssen daher gesichert werden. Unsere Forderungen: Finanztransaktionssteuer, Schließung von Steuersümpfen, entschlossener Kampf gegen Steuerbetrug, Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, Robotersteuer.</p>	<p>Schrittweise sollen die Mindestlöhne in allen Kollektivverträgen auf 1.700 Euro angehoben werden. Auch in Zukunft ist die Regelung der Mindestlöhne bei den Sozialpartnern in den richtigen Händen.</p>	<p>Nicht nur zur gerechteren Verteilung, sondern vor allem zur Erhaltung der Gesundheit der ArbeitnehmerInnen muss die Arbeitszeit verkürzt werden. Vorstellbar sind neben kürzerer Wochenarbeitszeit auch mehr Urlaub oder ein Recht auf Bildungsfreistellung.</p>

<p>Im öffentlichen Dienst bekommen die Beschäftigten ab dem 42. Lebensjahr eine 6. Urlaubswoche. Soll diese Regelung auch in der Privatwirtschaft gelten?</p>	<p>Immer weniger Betriebe bilden Lehrlinge aus. Sollen alle Unternehmen, die ausbilden könnten, einen Beitrag in einen Fonds einzahlen, aus dem hochwertige Lehrlingsausbildung finanziert wird?</p>	<p>In Österreich verdienen Frauen um ein Fünftel weniger als Männer. Was würden Sie tun, um die Einkommensschere zu schließen?</p>
<p>2015 wurde mit der Gewerkschaft die 6. Urlaubswoche nach 25 Dienstjahren gefordert – unabhängig davon, wie oft man den Job gewechselt hat. Damals wurde sie mit Verweis auf die Wirtschaftslage abgelehnt. Doch dieses Argument gilt nicht mehr. Das Thema muss wieder auf den Verhandlungstisch!</p>	<p>Das Ziel ist, dass möglichst viele Lehrlinge direkt in Betrieben ausgebildet werden. Dazu ist aus unserer Sicht ein Anreizsystem für Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, geeigneter, um zusätzliche Lehrstellen zu schaffen.</p>	<p>Wichtig war hier die Einigung beim Mindestlohn. Denn zwei Drittel aller, die bei Vollzeitarbeit unter 1.500 Euro verdienen, sind Frauen. Ein weiterer Schritt ist die Lohntransparenz. Wenn Frauen wissen, was ihre männlichen Kollegen verdienen, können sie gleiche Bezahlung einfordern.</p>
<p>Wir wollen unseren Standort zurück an die Spitze bringen und für mehr Wohlstand sorgen. Den Weg dorthin sehen wir vor allem in einer Senkung der zu hohen Steuerlast sowie der teilweise überbordenden Bürokratie und nicht in einer 6. Urlaubswoche, die dazu führen würde, dass Arbeitsplätze verloren gehen.</p>	<p>Bevor wir über Strafen sprechen, sollten wir positive Anreize für die Attraktivierung der Lehre in den Betrieben setzen. Wir müssen jungen Menschen, die in Unternehmen Leistung erbringen wollen, bessere Rahmenbedingungen bieten, z. B. über eine zeitgemäße Anpassung des Lehrberuf-Katalogs.</p>	<p>Gleiche Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit muss zur Selbstverständlichkeit werden. Dafür gilt es vor allem, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Aufstieg von qualifizierten Frauen fördern und wirkliche Wahlfreiheit, statt einer Entscheidung zwischen Familie und Beruf ermöglichen.</p>
<p>Hier sind taugliche Regelungen durch die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu verhandeln, die vor allem auf die Interessenlage in den einzelnen Branchen Rücksicht nehmen.</p>	<p>Es sollte der Blum-Bonus neu eingeführt werden, um hier eine tatsächlich effiziente Förderung des dualen Ausbildungssystems zu garantieren. Die Schaffung neuer Abgaben und neuer Fonds bringt gar nichts.</p>	<p>Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss endlich umgesetzt werden. Gleichzeitig muss durch eine Verbesserung bei der Anrechnung der Kinderbetreuungszeiten garantiert werden, dass Frauen in der Pension gleichgestellt werden.</p>
<p>Ja. Eine sechste Urlaubswoche für alle – also unabhängig vom Alter und damit ohne negative Effekte auf die Beschäftigung älterer Menschen – halten die Grünen für besser. Aber selbstverständlich muss es die sechste Urlaubswoche – so oder so – jedenfalls auch in der Privatwirtschaft geben.</p>	<p>Unternehmen ziehen sich immer mehr aus der Ausbildung zurück, erwarten aber topausgebildete MitarbeiterInnen. Es ist daher unabdingbar, Unternehmen an den Kosten der Ausbildung zu beteiligen.</p>	<p>Wichtig ist echte Einkommenstransparenz in Betrieben. Transparenz allein löst das Problem aber nicht: höhere Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung, unternehmensseitige Verteuerung von Mehr- und Überstunden sowie Frauenförderprogramme in Betrieben werden eine Veränderung herbeiführen.</p>
<p>Ältere ArbeitnehmerInnen haben am Arbeitsmarkt bereits große Probleme. Gerade eine allgemeine 6. Urlaubswoche würde diese Gruppe im Vergleich zu anderen weiter verteuern und sie damit gegenüber Jüngeren schlechterstellen.</p>	<p>Es gibt eine große Anzahl an offenen Lehrstellen, weil es auch immer weniger Lehrstellensuchende gibt. Damit die Stellen besetzt werden können, muss die Lehre attraktiver werden und das Bildungsniveau der Jugendlichen durch die Einführung einer „Mittleren Reife“ sichergestellt werden.</p>	<p>Frauen leisten im Vergleich zu Männern wesentlich mehr unbezahlte Betreuungsarbeiten. Wir möchten mehr Väter dazu bewegen, ihrer Verantwortung in der Kindererziehung nachzukommen. Gleichzeitig braucht es einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag eines Kindes.</p>
<p>Die 6. Urlaubswoche muss für alle erreichbar sein – nicht nur für jene ArbeitnehmerInnen, die ein Berufsleben lang beim selben Arbeitgeber bleiben, wie es früher üblich war. Erholungsphasen sind wichtig für die Gesundheit!</p>	<p>Alle Unternehmer sollen an den Ausbildungskosten der dringend benötigten Fachkräfte beteiligt werden – auch die Trittbrettfahrer, die selbst keine Lehrlinge ausbilden, obwohl sie könnten.</p>	<p>Wir brauchen einen Mindestlohn von 1.700 Euro, weil davon besonders Frauen in Niedriglohnbranchen profitieren würden. Gleichzeitig braucht es eine innerbetriebliche Offenlegung aller Gehälter: So könnten sich Frauen leichter gegen Entgeltdiskriminierung wehren und ihr Recht durchsetzen.</p>

<p>Das Pensionskonto ist in Kraft, und nach einigen Reformen steigt das faktische Pensionsantrittsalter. Halten Sie weitere Pensionsreformen für nötig? Können Sie weitere Pensionskürzungen ausschließen?</p>	<p>Die kalte Progression sorgt für Steuererhöhungen durch die Hintertür. Soll sie automatisch abgeschafft werden oder soll die Politik ihren Spielraum behalten, damit sie Menschen mit niedrigeren Einkommen stärker unterstützen kann?</p>	<p>ArbeiterInnen und Angestellte sind automatisch AK-Mitglieder. Soll die gesetzliche, solidarische Mitgliedschaft erhalten bleiben? Sollen der AK weiterhin Mitgliedsbeiträge in der bisherigen Höhe zur Verfügung stehen?</p>
<p>Wenn wir von Pensionskürzungen sprechen, dann geht es nur um Luxuspensionen. Bei mittleren und niedrigen Pensionen wird es mit uns keine Kürzungen geben. Kleine Pensionen sollen sogar erhöht werden. Denn wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, soll auch von seiner Pension leben können.</p>	<p>Es darf nicht sein, dass vor allem BesserverdienerInnen von der Abschaffung der kalten Progression profitieren. Wir müssen eine Lösung finden, die auch Menschen mit niedrigeren Einkommen zugutekommt, die ja von der Inflation überdurchschnittlich betroffen sind. Mit der ÖVP war das nicht möglich.</p>	<p>Die Sozialpartnerschaft ist ein österreichisches Erfolgsmodell, das nur funktioniert, weil die Kammern durch die Pflichtmitgliedschaft ein starkes Mandat für Verhandlungen haben. Außerdem ist die Arbeiterkammer für ArbeitnehmerInnen ein wichtiger Garant für die Einforderung ihrer Rechte.</p>
<p>Um den Druck vom Sozialsystem zu nehmen, brauchen wir eine neue Gerechtigkeit: jene, die schon lange ins System einzahlen, müssen anders behandelt werden als jene, die noch nie eingezahlt haben. Wer ein Leben lang in Österreich hart arbeitet, muss eine sichere Pension erhalten.</p>	<p>Alle Steuerzahler, denen durch die kalte Progression Geld weggenommen wird, sollen dieses Geld automatisch und möglichst unbürokratisch zurückbekommen. Politische Verhandlungen darüber, wie viel wir den Menschen von ihrem Geld zurückgeben, würden zu Verzögerungen und Halblösungen führen.</p>	<p>Klar ist, dass Sozialpartner wie die AK serviceorientierter werden und sparsamer mit ihren Beiträgen umgehen müssen. Mitgliedsbeiträge sind legitim, wenn damit gut umgegangen wird und die Mitglieder mit dem Service ihrer Kammer zufrieden sind.</p>
<p>Dass das faktische Pensionsalter steigt, ist ein Propagandatrick von SPÖ-Sozialminister Alois Stöger, der dabei außer Acht lässt, dass das allein durch ein ineffizientes und teures System bei den Invaliditätspensionen erkaufte worden ist. Bei den Luxuspensionen gibt es noch großen Reformbedarf.</p>	<p>Eine nachhaltige automatische Abschaffung ist unbedingt notwendig. Dies soll vor allem auch den kleinen und mittleren Einkommen zugute kommen.</p>	<p>Im Zuge einer direktdemokratischen Entscheidung über eine Reform der derzeit auf Zwangsmitgliedschaft gründenden Interessenvertretungen sollte hier eine Weiterentwicklung erfolgen. Gerade der ÖGB zeigt, dass auch eine freiwillige Interessenvertretung und ihr Leistungsangebot sehr attraktiv sind.</p>
<p>Reformen sind notwendig, um Ungerechtigkeiten abzuschaffen (Stichwort Luxuspensionen). Dazu haben die Grünen ein Pensionsmodell mit Grundpension und Erwerbspension im Umlageverfahren vorgelegt. Die Kürzung von Pensionen unter der ASVG-Höchstpension wird es mit den Grünen nicht geben.</p>	<p>Alle Einkommensgruppen sollen davon profitieren. Bei einer Automatik ist das nicht möglich, da Waren, für die Menschen mit niedrigem Einkommen besonders viel ausgeben (Nahrungsmittel, Wohnen), besonders stark verteuert wurden. Die Politik braucht also Spielraum statt Automatik.</p>	<p>Die Arbeiterkammern sind hervorragende DienstleisterInnen für ihre Mitglieder. Sie abzuschaffen oder zu schwächen würde allen ArbeitnehmerInnen schaden. Dafür sind wir Grünen nicht zu haben.</p>
<p>Ohne weitere Reformen im Pensionsbereich kommt es zu einer schleichenden Pensionskürzung. Wenn das Pensionsantrittsalter nicht weiter steigt, werden die Pensionen immer niedriger. Um das zu erreichen, brauchen wir Reformen am Arbeitsmarkt, damit Menschen auch länger arbeiten können.</p>	<p>Die kalte Progression muss so schnell wie möglich abgeschafft werden. Wir haben dazu bereits mehrfach Initiativen gesetzt. Niedrige Einkommen müssen oft keine Steuern abliefern, deshalb wollen wir diese durch niedrigere Sozialversicherungsbeiträge entlasten.</p>	<p>Starke Kammern brauchen keinen Zwang – sie überzeugen durch ihre Leistung! Die Kammern müssen endlich im 21. Jahrhundert ankommen und aufhören, ständig nur ihre Privilegien abzusichern. Gerade der ÖGB zeigt eindrucksvoll, dass eine Vertretung ohne Zwangsmitgliedschaft auskommen kann.</p>
<p>Wir fordern: Sichere Pensionen! Keine weiteren Kürzungen der ASVG-Pensionen! Entscheidungen müssen bei gewählten PolitikerInnen liegen – und nicht bei Pensionsautomatik-Computern, die aufgrund der älter werdenden Bevölkerung Pensionskürzungen verordnen würden.</p>	<p>Die kalte Progression muss rasch ausgeglichen werden. Davon müssen vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen stärker profitieren.</p>	<p>Die arbeitenden Menschen brauchen ihre Arbeiterkammer. Sie nehmen zwei Millionen Beratungen pro Jahr in Anspruch. Das zeigt, dass die Kammern gebraucht werden. Deshalb: Keine Kürzung bei den Arbeiterkammern!</p>